

„Mythos Markt“ und Erderwärmung

Stephan Schulmeister

In Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement hat Walter Ötsch ein weites Feld bearbeitet (und scheint damit auch noch lange nicht aufzuhören) – von „rein“ theoretischen Problemen wie dem „Sraffa-Paradoxon“ über die Kunst der Demagogie, insbesondere durch das „neuro-linguistische Programmieren“, bis zur Gründung und Leitung des „Instituts für die Gesamtanalyse der Wirtschaft“. Dieser Name verweist auf das Hauptziel von Ötsch's Arbeit: Die vielfältigen Querverbindungen herauszuarbeiten, die zwischen ökonomischer Theorie(produktion), Interessenslegitimation, Wirtschaftspolitik, Vertiefung oder Milderung von Problemen wie Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung, Ungleichheit in der Verteilung wirtschaftlicher und politischer Macht oder auch dem Klimawandel bestehen.

All diese Zusammenhänge analysiert Walter Ötsch am Beispiel des „Marktfundamentalismus“, er wurde zu seinem Lebensthema und daher auch zum Gegenstand seines größten Werks „Mythos Markt, Mythos Neoklassik“ – schließlich fiel seine Laufbahn ja in die Zeit von Aufstieg und Blüte des Neoliberalismus (aber noch nicht seinem Fall, für den sich das Werk von Ötsch noch als hilfreich erweisen wird).

In diesem Beitrag möchte ich die Fundamentalkritik von Ötsch (und anderen) an der Neoklassik auf jenes Problem anwenden, das wie kein anderes (von einem totalen Atomkrieg abgesehen) das Zusammen- und Überleben der Menschen in essentiellen Bereichen bedroht: dem Klimawandel und seinen Folgen – vom Anstieg des Meeresspiegels, der Erderwärmung der Meere, dem Verlust an biologischer Vielfalt, dem Rückgang der Nahrungsmittelproduktion bis zu den dadurch sowie durch zunehmende „Natur“katastrophen wachsenden Migrationsströmen.

Gleichzeitig ist in keinem anderen Bereich das Totalversagen der Gleichgewichtstheorie so ausgeprägt wie im Hinblick auf die Erderwärmung. Mit „neoklassischer Brille“ können weder die Ursachen dieses Problems begriffen noch ihre Folgen wirkungsvoll bekämpft werden. Der wichtigste Grund dafür ist trivial: Die Dominanz der neoliberalen Weltanschauung ist selbst eine wesentliche Ursache für das Anwachsen und die Hauptursache für die Nicht-Bekämpfung der Erderwärmung.

Am markantesten zeigt sich dies am Beispiel jener beiden Instrumente, mit denen die herrschende Politik versucht, Haushalte und Unternehmen zu klimaschonendem Verhalten und insbesondere zu Investitionen in den Klimaschutz zu veranlassen: CO₂-Steuern und der Emissionshandel. Unter der Bedingung freier Finanzmärkte und damit – spekulationsbedingt – enormer Preisschwankungen sowohl von fossilen Energieträgern als auch von CO₂-Zertifikaten können beide Instrumente nicht einmal die Grundvoraussetzung für nachhaltig-ökologisches Verhalten gewährleisten: Die Erwartung aller AkteurInnen, dass die Emission von CO₂ nie wieder billiger wird, sondern sich stetig (leicht) überdurchschnittlich verteuert.

Wegen seiner lebensbedrohlichen Dimension und dem Totalversagen der herrschenden Weltanschauung in Diagnose und Therapie des Problems wird die Erderwärmung zum Waterloo des Neoliberalismus werden – Sieger aber wird es keine geben.

1. Die Hegemonie des Neoliberalismus als Hauptursache für die Nicht-Bekämpfung des Klimawandels

Schon seit den 1970er Jahren herrscht unter den meisten Klimaforschern ein doppelter Konsens: Erstens, die Welttemperatur steigt und wird sich weiter erhöhen; zweitens, dieser Prozess ist hauptsächlich Folge der Emission von Treibhausgasen, insbesondere von CO₂ durch Verbrennung fossiler Rohstoffe (Erdöl, Kohle und Erdgas). Gleichzeitig stiegen die globale Emission von Treibhausgasen und die Welttemperatur weiter an: Die seit 1979 zunächst unregelmäßig und seit 1995 jährlich stattfindenden UN-Weltklimakonferenzen und die Studien des Weltklimarats (International Panel on Climate Change – IPCC), haben zwar zu verstärktem Problembewusstsein beigetragen, den Prozess der Erderwärmung konnten sie aber nicht einmal bremsen, geschweige denn stoppen.

Die ideologische Hauptursache für dieses Versagen der Politik liegt darin, dass genau in dieser Zeit, also seit den 1970er Jahren, der Neoliberalismus bzw. Marktfundamentalismus die Hegemonie über die Köpfe der Eliten erlangte. Über unterschiedliche Kanäle haben diese Weltanschauung und die daraus abgeleitete „Navigationskarte“ der Politik zur Nicht-Bekämpfung der Erderwärmung beigetragen:

Erstens: Jene Fundamentalannahmen der Neoklassik, welche die Komplexität ökonomischer Interaktionen nicht reduzieren, sondern verleugnen, vollkommene Information und der „homo oeconomicus“, blockieren das Verstehen und Bekämpfen der Erderwärmung in besonders hohem Maß. Denn jahrzehnte- bis jahrhundertelange Entwicklungsprozesse (und damit verbundene Pfadabhängigkeiten), die Notwendigkeit global-kollektiven Handelns und damit die Rolle von Unsicherheit sowie von Gefühlen und ihrer sozialen Verknüpfung zu „Stimmungen“ haben beim Klimawandel eine größere Bedeutung als bei allen anderen „Großproblemen“.

Zweitens: Selbst unter den „idealistischen“ Bedingungen der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie können Marktpreise die durch das Verhalten der AkteurInnen verursachten „externen Kosten“ nicht berücksichtigen („internalisieren“); es liegt ein *prinzipielles Marktversagen* vor. Da es sich bei der natürlichen Umwelt um ein öffentliches Gut handelt (niemand kann von seinem „Konsum“ ausgeschlossen werden), ist sein „Marktpreis“ null und es wird daher im Übermaß beansprucht. Also muss der Staat die Umweltkosten „einpreisen“ (direkt durch Umweltsteuern, indirekt durch den Emissionshandel). Das Problem war und ist natürlich auch den neoliberalen Ökonomen bekannt, doch haben sie es lange ausgeblendet, da es ihrer marktgläubigen und staatsfeindlichen Grundhaltung widerspricht.

Drittens: Als dies seit den 1990er immer schwieriger wurde, setzte man darauf, das Marktversagen durch eine „Marktsimulation“ zu korrigieren, den Emissionshandel. Dabei werden CO₂-Zertifikate (Emissionsrechte) ausgegeben, deren Preis durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage auf Börsen bestimmt wird. Die theoretische Grundlage dafür hatte der neoliberale Ökonom Ronald Coase schon 1960 durch das nach ihm benannte Theorem geliefert.

Viertens: Auf Basis der als „Neue Klassische Makroökonomie“ restaurierten *alten neoklassischen Mikroökonomie* waren Mainstream-Ökonomen auch gegen sonstige, zur Bekämpfung der Erderwärmung

notwendige Aktivitäten des Staates eingestellt wie Investitionen in die Infrastruktur (vom Verkehr bis zur Entsorgung) und Regulierungen aller Art (von Tempolimits bis zur Raumordnung).

Fünftens: Generell hat die Leitlinie „Mehr privat, weniger Staat“ den Einsatz der Politik für das Gemeinschaftliche – von der Umwelt bis zum Sozialstaat – in Misskredit gebracht und so eine Ent-Politisierung der Politik (auch durch sich selbst) forciert.

Sechstens: Der durch den Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ beflügelte neoliberale Zeitgeist ließ jedes Planen als „planwirtschaftlich“ erscheinen und damit a priori als minderwertig im Vergleich zu marktwirtschaftlichen Lösungen. So ging das Bewusstsein zunehmend verloren, dass der größte Teil ökonomischer Interaktionen – innerhalb von Unternehmen sowie zwischen ihnen – das Ergebnis von individuellem und gemeinschaftlichem Gestaltungswillen sind, also von Plänen als „vorgedachtem Handeln“, vom Bau eines Hauses, der Entwicklung neuer Produkte bis zum Aufbau von Netzwerken (Schiene, Straße, Strom, Online-Plattformen, etc.). Die einflussreichste theoretische Legitimation der Geringschätzung von Planung und Organisation gegenüber „dem Markt“ als „spontaner Ordnung“ lieferte Hayek mit seinem „Gegeneinander-Ausspielen“ von evolutionär gewachsener Ordnung („Kosmos“) und „konstruktivistisch“ gesetzter Ordnung („Taxis“).

Siebtens: Da der Klimawandel ein so bedrohliches Problem für die Menschheit darstellt und gleichzeitig durch „die Marktkräfte“ stetig verschärft wird (die „spontane Ordnung“ zerstört sich selbst), hat sich seit den 1970er Jahre eine „Klimawandelleugnungs-Industrie“ gebildet, finanziert von (Super)Reichen (Ötsch 2019, 505ff). Ihre Propaganda via neoliberaler Think Tanks und Medien bereitete den Boden für Donald Trump's anti-ökologischer Politik, die in den Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen von 2015 gipfelte.

Achtens: Die vielfältigen Folgen neoliberaler Politik – von der Entfesselung der Finanzmärkte, den dadurch verursachten Schulden- und Finanzkrisen, dem Anstieg von Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung und Staatsverschuldung bis zur Schwächung des Sozialstaats – hat die Ausbreitung von Verbitterung, Zukunftsangst und Wut bei immer mehr Menschen vorangetrieben. Ihre Proteste gegen Umweltsteuern zu ihren Lasten sind Wasser auf den Mühlen der anti-ökologischen Propaganda der neoliberalen Eliten (die Proteste der „Gelbwesten“ in Frankreich und ihre Folgen könnten Stoff eines Brecht'schen Lehrstücks sein).

Neuntens: Die von neoliberalen „master minds“ geforderte Regelbindung der Politik (bei gleichzeitiger De-Regulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte), insbesondere in Gestalt der EU-Fiskalregeln (von den Maastricht-Kriterien 1992 bis zum Fiskalpakt 2012), bedeuten eine systematische Diskriminierung der Produktion öffentlicher Güter gegenüber privaten Gütern.

Ein Unternehmer darf natürlich eine Investition auf Kredit tätigen, ebenso eine (junge) Familie ein Haus bauen. Sie werden es tun, wenn die erwartete Rendite höher ist als die Zinskosten. Der Staat darf aber keine Schulden machen, selbst wenn die gesellschaftliche Rendite ein Vielfaches der Zinsen beträgt (eine geringere Erderwärmung kommt ja allen zugute). Gleichzeitig bilden öffentliche Güter – von der inneren und äußeren Sicherheit, dem Rechtssystem bis zur sozialen Sicherheit und der natürlichen Umwelt – das Fundament für eine funktionierende Marktwirtschaft und sind daher wichtiger als private Güter.

Zehntens: Im durch neoliberale Theorien legitimierten Finanzkapitalismus verlagert sich das Profistreben von Realinvestitionen zur Finanzspekulation. Dementsprechend nimmt das Ausmaß von Bullen- und Bärenmärkten nicht nur bei Aktienkursen, Wechselkursen und Anleihekursen zu, sondern auch bei Rohstoffpreisen, insbesondere für Erdöl (und damit indirekt auch für Kohle und Erdgas), sowie im (Derivat)Handel mit CO₂-Zertifikaten.

Allein schon die Schwankungen der Preise von fossilen Rohstoffen und der CO₂-Emissionsrechte machen es unmöglich, jene Erwartungen zu verankern, die Grundvoraussetzung für eine Bekämpfung der Erderwärmung sind: Das Emittieren von Treibhausgasen wird mit Sicherheit stetig teurer. Denn der Ertrag von Verhaltensänderungen und besonders von Investitionen in den Klimaschutz besteht in den dadurch vermiedenen Kosten („opportunity profits“).

Folgender Umstand verschärft das Problem massiv: Investitionen in Energieeffizienz bzw. in erneuerbare Energie weisen die längsten Amortisationszeiten (fast) aller Investitionen auf, sie „rechnen“ sich erst nach vielen Jahren (energetische Gebäudesanierung, Verbreitung von E-Autos samt Versorgungsnetzen, etc.) oder Jahrzehnten (Entwicklung der Wasserstofftechnologie in der Industrie und – möglicherweise – auch im Schwerverkehr (transeuropäisches Netz von Hochgeschwindigkeitszügen als Voraussetzung für eine radikale Einschränkung des Flugverkehrs,

etc.). Eine ökologische Investitionsoffensive „mit langem Atem“ erfordert daher maximale Planungssicherheit.

2. Schwankungen der Erdölpreise konterkarieren die Anreizeffekte von CO₂-Steuern

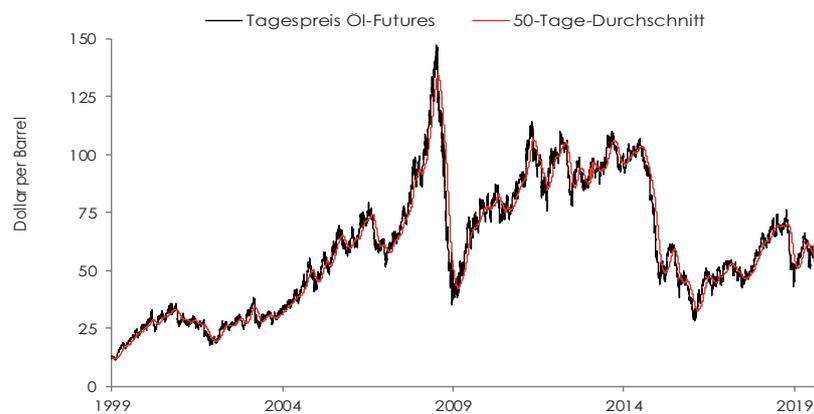
Alle spekulativen Preise entwickeln sich auf „freien“ Finanzmärkten, insbesondere den Derivatmärkten, in einer Abfolge von Bullen- und Bärenmärkten. Sie ergeben sich aus dem Zusammenwirken neuer Nachrichten („news“), technischer Spekulationssysteme („algo trading“) und optimistischen bzw. pessimistischen Marktstimmungen („bullishness“ bzw. „bearishness“) – im Folgenden skizziert am Beispiel eines Bullenmarkts:

- „News“ lösen eine Kursbewegung nach oben aus.
- Ist diese ausgeprägt („run“), so produzieren „trend-following trading systems“ Kaufsignale, da aufgrund des steigenden Preistrends die Nachfrage nach dem entsprechenden Wertpapier weiter ansteigt (die „schnellen“ Modelle reagieren schon auf kleine Bewegungen, die „langsamen“ Modelle entsprechend später).¹
- Die sequentielle Exekution des „Clusters“ an „technischen“ Kaufsignalen verstärkt den Aufwärtstrend.
- Es folgen die Käufe von Amateuren aller Art (einschließlich Pensionsfonds – „late-coming bandwagonists“).
- Schließlich verliert der „run“ an Dynamik („looses momentum“) und es beginnen die „contrarian models“ Verkaufssignale zu produzieren (sie setzen auf eine Richtungsänderung).
- Schließlich lösen negative „news“ eine Gegenbewegung aus.
- Solange die Marktstimmung optimistisch ist, dauern solche „runs“ nach oben länger als nach unten, weil Trader etwas mehr „Wettkapital“ auf eine Kursbewegung setzen, die der Grundstimmung ent-

¹ Die Abbildungen 1 und 2 zeigen ein besonders einfaches System: Kaufe bzw. verkaufe, wenn der Preis die Linie des gleitenden Durchschnitts der letzten 50 Preise von unten bzw. oben schneidet – die heute verwendeten „trading systems“ sind wesentlich komplexer, es geht aber immer um das Ausnützen des „trending“.

spricht und weil sie die „offene Position“ etwas länger halten (das gilt für alle Datenfrequenzen, sodass sich mehrere „runs“ auf Basis von Minutendaten zu einem „run“ auf Basis von Stundendaten akkumulieren).

Abbildung 1: „Bullen“ und „Bären“ am Erdölmarkt



Nach diesem Muster entwickeln sich Bullenmärkte in einem stufenweisen Aufwertungsprozess, und analog Bärenmärkte in einem Abwertungsprozess, egal, ob es sich um Aktien, Devisen, Anleihen oder Rohstoffderivate handelt (für eine zusammenfassende Darstellung siehe Schulmeister 2018, Kapitel 9).

Der Erdölpreis ist ein eindrückliches Beispiel für die „manisch-depressiven“ Schwankungen der wichtigsten Preise in der Weltwirtschaft, er pendelte in den vergangenen 20 Jahren zwischen 15 \$ und 145 \$ je Fass (Abbildung 1). Damit schwanken auch die Preise für Erdgas und – in abgeschwächter Form – für Kohle. Die Rentabilität von Investitionen in Energieeffizienz oder in erneuerbare Energie kann sich somit überhaupt nicht einstellen. Das Wissen aller Akteure um diese fundamentale Unsicherheit dämpft ihre Bereitschaft, in den Klimaschutz zu investieren, und zwar auch dann, wenn fossile Rohstoffe teuer sind – sie werden schon wieder billiger werden.

Selbst hohe CO₂-Steuern können unter diesen Umständen nicht verhindern, dass die aus fossilen Rohstoffen erzeugten Produkte, insbeson-

dere Treib- und Heizstoffe, sich immer wieder verbilligen. So gibt es in allen EU-Ländern schon lange eine Steuer auf Treibstoffe, die Mineralölsteuer. Sie entspricht ihrer Konstruktion nach einer CO₂-Steuer (Mengensteuer), belastet aber (implizit) CO₂-Emissionen viel stärker als alle bislang diskutierten CO₂-Steuern. Dennoch sind die Dieselpreise in den vergangenen 10 Jahren zwei Mal um etwa 50 % gefallen, weil der Ölpreis noch viel stärker einbrach (Abbildung 3).

Dazu ein Beispiel: In Deutschland beträgt die Steuer auf Diesel 47 Cent pro Liter, das entspricht einer Besteuerung der entsprechenden CO₂-Emissionen von etwa 180 € je Tonne (1 Liter Diesel emittiert 2,65 kg CO₂). Zwischen 2021 und 2025 soll der Emissionspreis in Deutschland nach Regierungsbeschluss hingegen lediglich von 25 € auf 55 € je Tonne steigen. Trotz der schon lange bestehenden, fast vier Mal höheren Dieselbesteuerung, sank der für das Verhalten und die Erwartungsbildung maßgebliche *Endproduktpreis* 2008/2009 und nochmals 2012/2015 von 1,50 € auf 1 € (Abbildung 3 zeigt den Erdölpreis und Dieselpreis in €). Und schon zog die Nachfrage nach SUVs wieder an und Investitionen in die Energieeffizienz, welche bei einem Erdölpreis von 70 € (und mehr) profitabel waren, verwandelten sich in ein „sunk investment“.

Fazit: Unter der Bedingung „freier“ Derivatmärkte für fossile Rohstoffe können CO₂-Steuern keinen stetig steigenden Preis von CO₂-Emissionen gewährleisten und damit auch keine entsprechenden Erwartungen verankern – eher im Gegenteil: Je mehr es der EU gelingt, den Verbrauch fossiler Energie zu reduzieren, desto wahrscheinlicher ist ein Sinken der Weltmarktpreise, was wiederum die Verteuerung fossiler Energie durch CO₂-Steuern konterkariert.

Unabhängig von diesem (preisbezogenen) „Rebound-Effekt“ sind neuerliche Einbrüche des Ölpreises deshalb wahrscheinlich, weil sowohl Angebot als auch Nachfrage wenig preiselastisch sind. Schon geringe Ausweitungen des globalen Ölangebots (etwa durch „disziplinlose“ OPEC-Länder oder andere Ölproduzenten wie Brasilien, Guyana, Norwegen und Kanada) bzw. geringe Abschwächungen der Nachfrage (etwa durch einen Konjunkturabschwung) lösen markante Preisrückgänge aus.

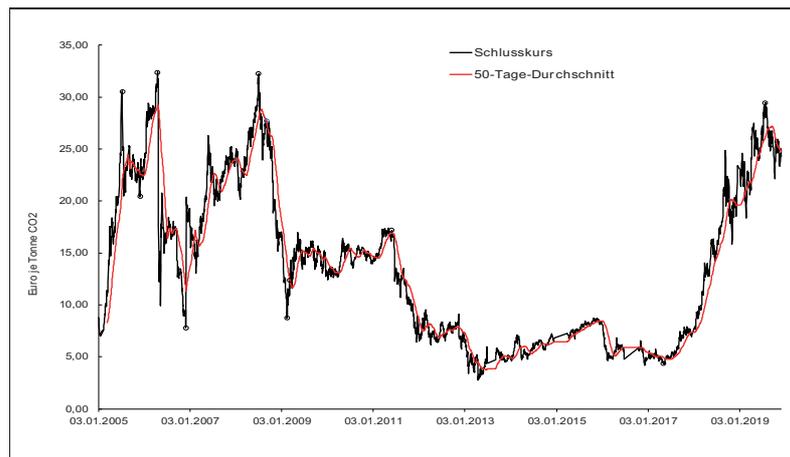
Langfristig wird folgendes Grundproblem die Preise fossiler Rohstoffe unter Dauerdruck setzen: Ihre globalen Reserven sind viel größer als das globale „CO₂-Budget“ – soll eine Klimakatastrophe vermieden werden, dürfen die Reserven nicht ausgeschöpft werden es besteht also ein strukturelles Überangebot.

3. Der Emissionshandel der EU – neue „Spielwiese“ für die Finanzakteure

Der EU-Emissionshandel wurde 2005 eingeführt und erfasst nur die wichtigsten CO₂-Emittenten der Industrie wie Eisen und Stahl, Papier, Chemie sowie die Stromerzeugung, insgesamt etwa 45 % aller CO₂-Emissionen. In der Theorie ist der Emissionshandel das optimale Steuerungsinstrument: Die CO₂-Menge wird durch das Volumen der Zertifikate begrenzt und schrittweise verringert. Auf den Zertifikatsbörsen bildet sich ein einheitlicher Preis, der sicherstellt, dass die Emissionen dort erfolgen, wo sie den größten Nutzen stiften: Ein Unternehmen, das wegen guter Geschäftslage mehr Zertifikate braucht, kauft sie via Börse von einem anderen, das einen Überschuss hat. Diese Transaktionen zur Abgeltung von CO₂-Emissionen stellen die „compliance transactions“ dar.

Damit der Emissionshandel Anreize zu einer nachhaltigen CO₂-Reduktion schafft, müsste der Zertifikatspreis stetig steigen. Genau dies ist aber nicht der Fall. Vielmehr schwankte der Preis für die Emission einer Tonne CO₂ zwischen 32,3 € und 3,1 € und damit noch stärker als der Ölpreis (Abbildungen 2 und 3). Überdies lag er zwischen 2011 und 2017 auf einem so niedrigen Niveau, das keinen Anreiz für Investitionen in die CO₂-Vermeidung schuf.

Abbildung 2: „Bullen“ und „Bären“ am Markt für CO₂-Zertifikate



Dieses Desaster hat zwei systemische Hauptursachen. Erstens werden die Zertifikate für fast 12.000 Unternehmen für einen längeren Zeitraum festgelegt. Diese organisatorische Notwendigkeit muss wegen der Unsicherheit über die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung zu Fehlallokationen und damit „falschen“ CO₂-Preisen führen. So war die Finanz- und Wirtschaftskrise – natürlich – nicht vorhergesehen, es entstand ein Überangebot an Emissionsrechten und ihr Preis fiel 2009 auf unter 10 € und bis 2013 auf unter 5 € (Abbildung 2). Die von der EU als Notlösung eingeführte „Market Stability Reserve“ mit dem Ziel, das (Über)Angebot an Zertifikaten zu reduzieren, kann das fundamentale Problem der Unsicherheit nicht bewältigen.

Zweitens haben sich Finanzakteure an den CO₂-Börsen zwischen die Unternehmen mit einem Überschuss bzw. Defizit an Zertifikaten gewissermaßen „zwischengeschaltet“ und verwenden die auf den Zertifikatspreis bezogenen Derivate als Spekulationsvehikel. So entfallen schon seit 2010 99 % aller Transaktionen auf Derivate und nur 1 % auf echte Zertifikate (Hedging kann daher nur eine untergeordnete Rolle spielen). Schon 2012 war das gesamte CO₂-Transaktionsvolumen (einschließlich Derivate) mehr als 33mal höher als die „compliance transactions“ der Unternehmen (Berta et al. 2017). Auch die CO₂-Preisdynamik zeigt das für spekulative Preise typische Muster: Kurzfristige Trends akkumulieren sich zu Bullen- bzw. Bärenmärkten (vergleiche Abbildungen 1 und 2).

Die Industrie- und Energieunternehmen, deren CO₂-Emissionen durch das System optimal eingesetzt werden sollten, müssen jene Zertifikatspreise „schlucken“, welche sich im Wesentlichen aus den spekulativen Transaktionen von Derivathändlern ergeben. Diese berücksichtigen natürlich auch „news“ über die Fundamentalfaktoren, aber primär als Auslöser kurzfristiger Preisschübe, welche durch Spekulationssysteme ausgenutzt und gleichzeitig verstärkt werden.

4. Eine einfache Lösung: Festlegung eines Preispfades für fossile Rohstoffe und Umsetzung durch eine flexible Abschöpfungssteuer

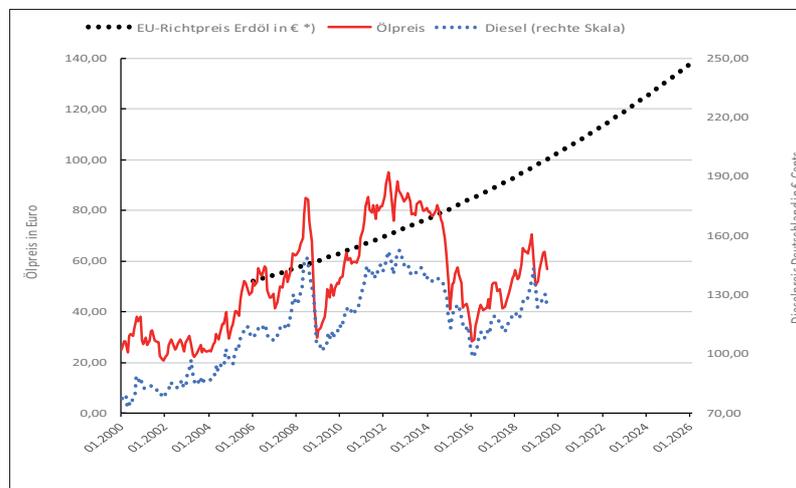
Die zur Erreichung einer emissionsfreien Kreislaufwirtschaft in den kommenden Jahrzehnten nötigen Investitionen werden nur dann in hinreichendem Maß getätigt werden, wenn die Nutzung fossiler Rohstoffe

stetig, vorhersehbar und überdurchschnittlich teuer wird. Dies ließe sich folgendermaßen erreichen.

Statt den CO₂-Gehalt von Erdöl, Kohle und Erdgas zu besteuern, könnte die EU für diese Energieträger einen Pfad mit stetig steigenden Preisen festlegen (zunächst etwa für 20 Jahre) und die Differenz zwischen dem EU-Richtwert und dem jeweiligen Weltmarktpreis durch eine monatlich angepasste Mengensteuer abschöpfen – statt der Preise fossiler Rohstoffe und der daraus erstellten Produkte soll die (implizite) Mengensteuer schwanken.

Dazu ein Gedankenexperiment am Beispiel von Erdöl. Am 1. Jänner 2006 sei in der EU folgende Regelung in Kraft getreten: Ausgehend vom (damals) aktuellen Ölpreis (Brent) von 52,0 € wurde ein solcher Preispfad festgelegt, der sicherstellt: Erdöl verteuert sich in der EU jedes Jahr um 3 Prozentpunkte stärker als die Zielinflation von 2 %, insgesamt also um 5 % pro Jahr. Diese Veränderungsrate wäre viel kleiner als die seither realisierten Schwankungen, sie ist aber immer positiv.

Abbildung 3: Anreizsystem zur CO₂-Reduktion – Marktpreise versus Preispfad



* Erdöl verteuert sich um 3 Prozentpunkte stärker als die Zielinflation von 2 %, also um 5 % pro Jahr (fiktiv ab 1. Jänner 2006).

Als Folge eines zweiten Bärenmarkts sank der Ölpreis zwischen März 2012 und Jänner 2016 von 95,0 auf 28,3 €, der Dieselpreis in Deutschland fiel von 1,52 € auf 0,99 € (Abbildung 3). Der EU-Richtpreis für Erdöl läge im Jänner 2016 aber bei 84,8 €. Für Februar 2016 würde die EU-Erdölsteuer somit 56,5 € (84,8 minus 28,3) je Barrel betragen, also etwa das Doppelte der Ölrechnung (die Zahlen dienen nur der Illustration, bei tatsächlicher Einführung eines EU-Preispfads wäre der Weltmarktpreis von Erdöl wahrscheinlich niedriger gewesen).

Bedenkt man, dass die EU 2016 insgesamt 414,5 Mrd. € für – fast ausschließlich fossile – Energieimporte bezahlen musste, so wird klar: Wenn die Erdölpreise massiv sinken und so die Erderwärmung (außer in der EU) beschleunigen, läge der Ertrag einer EU-Steuer auf fossile Energieträger weit über 500 Mrd. € (auch ohne Großbritannien). Er würde langfristig überdurchschnittlich steigen: Einerseits nimmt der EU-Richtpreis stetig zu, andererseits dämpft die konsequente Klimapolitik der EU ihre Energieimporte und damit die Weltmarktpreise.

Damit würde sich auch die Verteilung der Erdöl-Einkommen nachhaltig verändern: Diese sind zum größten Teil „Rentiereinkommen“ der Besitzer der Ölquellen. Steigen die Ölpreise, so kassieren derzeit die Produzentenländer, aber auch die Ölkonzerne, Extraprofite („windfall profits“). Indem die EU *selber* den Preis erhöht, dämpft sie die Schwankungen der Weltmarktpreise und zwingt einen Teil der „Renten“ in die eigenen (Staats)Kassen ab.

Technisch wäre die Umsetzung einer solchen flexiblen Mengensteuer im „digitalen Zeitalter“ sehr einfach: Auf Basis der Differenz zwischen dem EU-Richtpreis und dem Weltmarktpreis wird zum Monatsende die im nachfolgenden Monat gültige Steuer je Mengeneinheit Erdöl, Kohle und Erdgas von der EU-Kommission festgelegt und in den Mitgliedsländern von den Produzenten bzw. Importeuren dieser fossilen Rohstoffe abgeführt.

Was wären die wichtigsten Preis- und Investitionseffekte von solchen EU-Richtpreisen (wegen der unterschiedlichen „CO₂-Intensität“ sollte der Preispfad für Kohle steiler und jener für Erdgas flacher gestaltet werden als der Ölpreispfad)? Sämtliche Waren und Dienstleistungen würden innerhalb der EU in dem Ausmaß teurer werden, in dem bei ihrer Produktion fossile Energieträger eingesetzt werden – von Treibstoffen bis zu Kunststoffprodukten. Mit weniger oder mit erneuerbarer Energie erzeugte Produkte würden sich relativ verbilligen.

Warenimporte der EU würden mit einer analogen Energieabgabe belastet („border carbon adjustment“). Eine solche ökologisch motivierte Abgabe widerspräche nicht den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO). Solange in den EU-Handelspartnerländern keine vergleichbaren CO₂-Steuern existieren, wären die EU-Exporte von der bezahlten EU-Steuer zu entlasten (analog zur MWSt).

Am bedeutendsten wären die Investitionseffekte: Da Besitzer von Einfamilienhäusern, Wohnungsgenossenschaften etc. *wissen*, wie viel Heizkosten sie durch eine energetische Gebäudesanierung einsparen könnten, würden sie entsprechende Investitionen ausweiten. Die verbindlichen Preispfade nähmen den Autokonzernen einen großen Teil des Risikos der langfristigen und teuren Investitionen in die Entwicklung von Elektroautos ab, ähnliches gilt für die Umstellung auf Wasserstofftechnologie in der Industrie.

Natürlich sollte der Anstieg der Preispfade in größeren Abständen angepasst werden entsprechend der Differenz zwischen der angestrebten und der realisierten CO₂-Reduktion. Da aber eine Verbilligung fossiler Energie ausgeschlossen ist, gilt generell: Je früher eine Investition getätigt wird, umso größer ist der Gewinn.

Ein Teil der (enormen) Erträge der Energiesteuer sollten für Großprojekte verwendet werden (ein anderer Teil sollte die Belastung einkommensschwacher Schichten durch die Energieverteuerung ausgleichen). Dazu gehören die energetische Erneuerung des gesamten Gebäudebestands in der EU, die Schaffung eines transeuropäischen Netzes für Hochgeschwindigkeitszüge der neuen Generation, der Umstieg auf Elektro-PKW samt Erstellung eines Netzes von Ladestationen, der Umstieg auf Wasserstofftechnologie, insbesondere in der energieintensivsten Industrie (Stahl, Papier, Grundstoffchemie, Baustoffe) und schließlich Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr (die Kernzonen der Metropolen sollten langfristig autofrei werden).

Während der ersten Investitionsphase würde das Wirtschaftswachstum in der EU gesteigert und stabilisiert werden, gleichzeitig verbessern sich die langfristigen Umweltbedingungen. Ein solches (temporäres) „grünes Wachstum“ würde Arbeitslosigkeit und atypische Beschäftigung sinken lassen und damit auch die (Furcht vor) Armut und die Deklassierung von immer mehr Menschen.

Die größte Hürde dafür, das Konzept eines stetig steigenden Preispfades für die Hauptverursacher der Erderwärmung festzulegen, befindet

sich in den Köpfen der Eliten. Zu ihrer Überwindung wäre die Lektüre von Walter Ötsch's „Mythos Markt“ überaus nützlich.

Denn das Schwierigste am Lernen ist das Verlernen.

Literatur

Berta, N.; Gautherat, E.; Gun, O. (2017): Transactions in the European carbon market: a bubble of compliance in a whirlpool of speculation, in: *Cambridge Journal of Economics*, 41, S. 575-593

Ötsch, W. O. (2019): *Mythos Markt. Mythos Neoklassik. Das Elend des Marktfundamentalismus*, Marburg

Schulmeister, S. (2018): *Der Weg zur Prosperität*, Salzburg